

**PRESSE-  
KONFERENZ**  
5.10.2022

## **AK-WOHLSTANDSBERICHT 2022**

Die Teuerungs- und Energiekrise stellt die Gesellschaft vor große Herausforderungen. Die drohenden Wohlstandsverluste müssen rasch durch einen gestärkten Sozialstaat eingebremst werden.

**SILVIA HRUŠKA-FRANK**  
Direktorin AK Wien

**TOBIAS SCHWEITZER**  
Bereichsleiter Wirtschaft AK Wien



## **Wieder Krise ...**

Der 5. AK-Wohlstandsbericht, der einen wesentlichen Beitrag zur Messung von Wohlstand und Wohlergehen in Österreich liefert, zeigt die Dringlichkeit der Eindämmung der Wohlstandsverluste auf. Die Teuerung- und Energiekrise droht zu einer umfangreichen Wirtschaftskrise zu werden. Die sozialen Folgen sind bereits in vielen Lebensbereichen spürbar. Der Blick über das BIP-Wachstum hinaus zeigt die unterschiedlichen Problemherde auf. Wichtige Aspekte für ein gutes Leben wie Gesundheit, Bildung, Gleichstellung, Verteilungsgerechtigkeit oder ökologische Nachhaltigkeit dürfen nicht aus den Augen verloren werden.

Der AK-Wohlstandsbericht analysiert anhand des sogenannten „magischen Vielecks“ den gesellschaftlichen Fortschritt in Österreich. Dabei werden fünf übergeordnete Ziele bewertet. Diese sind:

1. Fair verteilter materieller Wohlstand
2. Vollbeschäftigung und gute Arbeit
3. Lebensqualität
4. Intakte Umwelt
5. Ökonomische Stabilität

Jedem dieser Ziele werden sechs Teilziele zugeordnet, sodass insgesamt 30 Teilziele bewertet werden.

Im aktuellen Bericht, der den Beobachtungszeitraum 2018 bis 2023 bewertet, ist der durch die Teuerungs- und Energiekrise verursachte Rückgang bei Wohlstand und Wohlergehen in Österreich bereits deutlich zu sehen: Die Bewertung fällt daher auffallend negativer als in den Vorjahren aus und auch in den kommenden Monaten gehen wir von weiteren Wohlstandsverlusten aus.

Die Hauptergebnisse:

- + Bei der Zielerreichung überwiegen die Rückschritte. Das Ziel „Lebensqualität“ ist das einzige, bei dem sich Fort- und Rückschritte die Waage halten
- + Fünf der 30 Indikatoren werden positiv bewertet (im Vorjahr waren es zehn).
- + Der kurzfristige Ausblick auf 2022/23 ist nur bei drei Teilzielen positiv.

Die notwendigen Maßnahmen:

Um die drohenden wirtschaftlichen und sozialen Krisen bestmöglich abzufedern, sind folgende Maßnahmen notwendig:

- + Energie- und Inflationskrise bekämpfen
- + Arbeitskräftebedarf für bessere Arbeitsbedingungen nützen
- + Umverteilung zu den Vielen
- + Sozial-ökologischen Umbau, vor allem Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen, vorantreiben

## 1 Fair verteilter materieller Wohlstand

In diesem Ziel wurden folgende sechs Teilziele bewertet:

1. Steigende real verfügbare Einkommen
2. Einkommensungleichheit reduzieren
3. Gender-Pay-Gap beseitigen
4. Steigende Arbeitsproduktivität
5. Vermögenskonzentration abbauen
6. Forschung und Innovation

**Bewertung gesamt:** minus 0,83



**Begründung:** Die Herausforderungen sind in diesem Bereich besonders groß. Dabei ist vor allem das Sinken der real verfügbaren Haushaltseinkommen und die Vermögenskonzentration besorgniserregend. Sowohl bei der gerechteren Verteilung der Einkommen insgesamt als auch jener zwischen Frauen und Männern ist kein nennenswerter Fortschritt zu erwarten. Verteilungskonflikte zwischen Krisengewinner:innen und -verlierer:innen werden sich weiter zuspitzen. Positiv bewerten wir die Entwicklung des Teilziels Forschung und Innovation, wo sich Österreich stetig verbessert.

## 2 Vollbeschäftigung und gute Arbeit

In diesem Ziel wurden folgende sechs Teilziele bewertet:

1. Steigende Erwerbstätigkeit
2. Geringe Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung
3. Reduktion langer Arbeitszeiten
4. Unbezahlte Arbeit gleich verteilen
5. Qualitativ hochwertige Arbeit
6. Mitbestimmung

**Bewertung gesamt:** minus 0,33



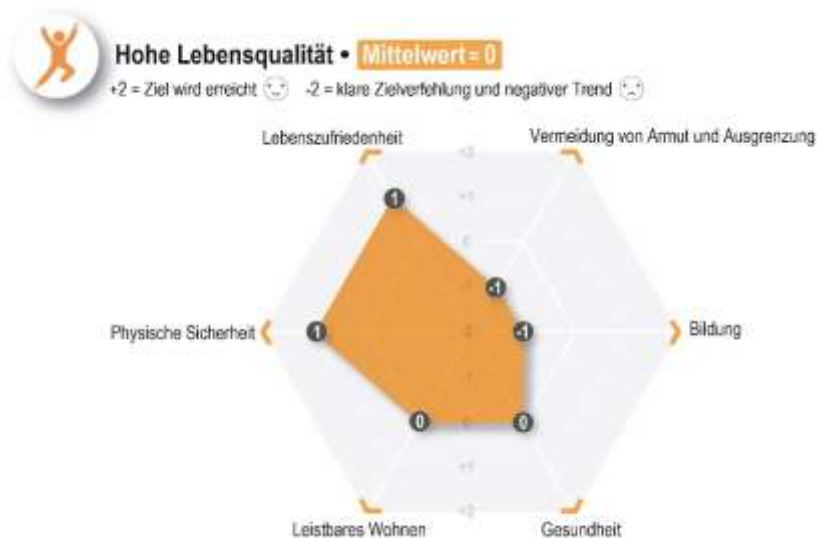
**Begründung:** Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer:innen ist im internationalen Vergleich hoch und die Chance auf weitere Verbesserungen besteht, etwa wenn die Durchsetzungsmöglichkeiten bestehender Rechte weiterentwickelt werden. Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit sind zwar nach wie vor hoch, doch hat sich die Lage im vergangenen Jahr entspannt. Zwar wird sich der wirtschaftliche Abschwung negativ auswirken, allerdings ist die demografische Entwicklung günstig. Gleichzeitig gibt es in Bezug auf die Arbeitsbedingungen einige Verschlechterungen. So klagen immer mehr Arbeitnehmer:innen über einen hohen Arbeitsdruck. Auch bei der Verteilung der unbezahlten Arbeit gibt es keine Verbesserung.

### 3 Lebensqualität

In diesem Ziel wurden folgende sechs Teilziele bewertet:

1. Lebenszufriedenheit
2. Vermeidung von Armut und Ausgrenzung
3. Bildung
4. Gesundheit
5. Leistbares Wohnen
6. Physische Sicherheit

**Bewertung gesamt:** 0 (neutral)



**Begründung:** Bei der Lebensqualität in Österreich erwarten wir, dass sich Fort- und Rückschritte die Waage halten werden. Die allgemeine Lebenszufriedenheit und empfundene physische Sicherheit im Land sind hoch und Rückschritte sind nicht zu erkennen. In den Bereichen Bildung, Gesundheit und leistbares Wohnen muss Österreich seine Anstrengungen erhöhen, um die Lebensqualität der Bevölkerung zu verbessern. Das größte Sorgenkind ist die Armutsgefährdung – da das untere Einkommensdrittel kaum Ersparnis hat, drohen viele Haushalte durch die wirtschaftlich negative Entwicklung in Armut abzurutschen.

## 4 Intakte Umwelt

In diesem Ziel wurden folgende sechs Teilziele bewertet:

1. Treibhausgasemissionen reduzieren
2. Energetischer Endverbrauch senken
3. Flächeninanspruchnahme bremsen
4. Weniger Verkehrslärm
5. Geringe Feinstaubbelastung
6. Hoher Anteil des öffentlichen Verkehrs

**Bewertung gesamt:** minus 0,17



**Begründung:** Auch beim Umwelt-Ziel stellen wir eine leichte Verschlechterung fest. Im Vergleich zum Vorjahr kommt es zu Punkteabzügen für die hohe Flächenversiegelung und den fehlenden Fortschritt beim Anteil des Öffentlichen Verkehrs im Personenverkehr. Die durchschnittliche Bewertung der Teilziele beträgt -0,17. Das liegt auch daran, dass trotz der wachsenden Anforderungen an die österreichische Klimapolitik bisher keine grundlegenden Änderungen in Sicht sind. Besonders positiv bewerten wir erneut die Entwicklung der Feinstaubbelastung.

## 5 Ökonomische Stabilität

In diesem Ziel wurden folgende sechs Teilziele bewertet:

1. Stabile Finanzmärkte
2. Stabile Staatstätigkeit
3. Stabile Investitionstätigkeit
4. Außenwirtschaftliche Stabilität
5. Preisstabilität
6. Entwicklungszusammenarbeit

**Bewertung gesamt:** minus 0,83



**Begründung:** Bei den ökonomischen Stabilitätszielen ist heuer ein besonders starker Rückschritt zu verbuchen, die Durchschnittsbewertung sinkt auf -0,83. Das ist vor allem auf die hohe Inflation in Folge der Energiepreissteigerungen zurückzuführen. Die dadurch entstehende destabilisierende Wirkung wirkt sich auch negativ auf die Finanzmärkte und die Investitionstätigkeit aus. Positiver bewerten wir die Stabilität der Staatstätigkeit aufgrund höherer öffentlicher Investitionen bei gleichzeitiger Verbesserung des Budgetsaldos.

## Schlussfolgerungen und notwendige Maßnahmen

Der Wohlstand in Österreich ist – auch im internationalen Vergleich – hoch. Allerdings führt die derzeitige Krise zu deutlichen Rückschritten bei der nachhaltigen Entwicklung von Wohlstand und Wohlergehen. Die diesjährige Bewertung fällt deutlich negativer als in den Vorjahren aus und erreicht in vielen Bereichen das schlechteste Niveau seit der Herausgabe des Wohlstandsberichts.



+ Nur fünf der 30 Indikatoren werden im Beobachtungszeitraum positiv bewertet.

+ Der kurzfristige Ausblick 2022/23 ist eher pessimistisch, er ist nur bei drei Teilzielen positiv, bei 15 neutral und bei 12 Teilzielen negativ.

+ Im Vergleich zum Vorjahr gibt es bei vier der fünf Ziele Rückschritte bei der Zielerreichung.

„Der aktuelle AK-Wohlstandsbericht zeigt: Der Hut brennt. Die stark gestiegenen Preise für Energie, Wohnen und Lebensmittel treffen einkommensschwächere Menschen besonders hart. Oberste Priorität muss daher die wirksame Bekämpfung der Energie- und Inflationskrise haben“, sagt Tobias Schweitzer, Bereichsleiter Wirtschaft der AK Wien. Denn der Erhalt der Kaufkraft der Menschen ist maßgeblich dafür, dass der Konjunkturmotor nicht ins Stottern gerät. Zwar habe die Bunderegierung bereits viele Maßnahmen – oft nur Einmalmaßnahmen – ergriffen, um die Auswirkungen der aktuellen Teuerungskrise abzufedern. Einige wesentliche und dringend notwendige Forderungen der AK wurden bislang aber noch nicht umgesetzt – insbesondere Schritte beim **Wohnen** und bei der **Besteuerung von Übergewinnen**.

Dazu Schweitzer: „Wir haben gemeinsam mit dem ÖGB ein konkretes Modell zur Besteuerung der Übergewinne im Energiesektor von 60 bis 90 Prozent vorgelegt. Von den geschätzten jährlichen Übergewinnen in Höhe von 4 bis 5 Milliarden Euro würden 1 bis 1,5 Milliarden Euro für **Investitionen in erneuerbare Energieträger** abgezogen, weitere 1,5 bis 2,2 Milliarden Euro pro Jahr zur Finanzierung



von Anti-Teuerungsmaßnahmen abgeschöpft werden. Denn es kann nicht sein, dass die einen in die Armut abzurutschen drohen, während andere Milliardengewinne scheffeln.“

Und es kann auch nicht sein, dass die Menschen um ihr Dach über dem Kopf fürchten müssen. Wohnen muss leistbar sein“, ergänzt AK Wien Direktorin Silvia Hruška-Frank. Laut AK-Wohlstandsbericht gab es bereits im Zuge der Pandemie markante Immobilienpreissteigerungen. Nun stellen die jüngsten Energiepreissteigerungen viele Haushalte vor große finanzielle Herausforderungen. Zudem sind im laufenden Jahr die Mieten bereits deutlich gestiegen. Laut AK Berechnungen summieren sich die heurigen Erhöhungen auf rund 400 Millionen Euro. Hruška-Frank: „Diese Dynamik muss gebremst werden. Wir fordern daher, dass nur eine Mieterhöhung im Jahr zulässig sein soll. Schließlich wird auch nur einmal im Jahr über höhere Löhne verhandelt.“ Um aus der aktuellen Teuerungs-Mieten-Spirale herauszukommen, sollen die Erhöhungen zudem mit zwei Prozent pro Jahr gedeckelt werden. Außerdem sollen Immobilienkonzerne, Versicherungen und Großvermieter:innen **keine befristeten Mietverträge** mehr abschließen dürfen. Nur Privatpersonen sollen eine Wohnung befristet vermieten dürfen.

Parallel zu den dringlichen Maßnahmen gilt es aber auch nachhaltige Schritte zu setzen, um die Lebensbedingungen für die Menschen zu verbessern – bei gleichzeitigem Schutz der Umwelt und Natur. Hruška-Frank macht daher auf den aktuellen **Arbeitskräftebedarf** aufmerksam: „Viele Unternehmen sind derzeit auf der Suche nach Mitarbeiter:innen. Hier und jetzt muss daher die Chance ergriffen werden, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Wir brauchen eine **bessere Integration** von arbeitslosen Menschen, Frauen in Teilzeit und jüngeren Menschen in den Arbeitsmarkt, aber auch **kürzere Arbeitszeiten und Löhne, die ein gutes Leben ermöglichen**.“

Für den Schutz der Umwelt, muss laut der AK Direktorin der sozial-ökologische Umbau beschleunigt werden: „Der Krieg in der Ukraine hat mehr als deutlich gemacht, wie wichtig es ist, die **Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen** zu fördern und **erneuerbare Energien auszubauen**. Es muss daher auch rasch in die Ausbildung fehlender Fachkräfte in diesem Bereich investiert werden. Aber auch der **Ausbau des öffentlichen Verkehrs** in den ländlichen Regionen muss zügig vorangetrieben werden, um die Abhängigkeit der Menschen vom eigenen Pkw und damit den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu verringern.“

Alle diese Maßnahmen sind nötig, um den österreichischen Sozialstaat, der zu den besten der Welt gehört, weiter zu verbessern und auszubauen. „Denn in einem so reichen Land wie Österreich, darf es keine Armut geben“, so Hruška-Frank. „**Soziale Ungleichheiten** – wie die Verteilung von Vermögen (die reichsten 5 Prozent besitzen 55 Prozent des Vermögens, die untere Hälfte nur 3 Prozent) –müssen **sukzessive abgebaut** werden. Es braucht **für alle Kinder die gleichen Chancen**, Bildung darf keine Frage des Elternhauses sein. Ebenso wenig darf Pflege keine Frage des sozialen Status sein. Es braucht eine **hochwertige Gesundheits- und Pflegeversorgung** für alle Menschen. Natürlich kostet all dies Geld. Jahrzehntlang wurde der Sozialstaat über Löhne finanziert. Aber heute, wo das Vermögen der privaten Haushalte 5 bis 6 mal so hoch ist wie die Löhne, kann der Sozialstaat nicht mehr länger ausschließlich über Steuern und Abgaben aus Arbeitseinkommen finanziert werden. Es braucht auch **vermögensbezogene Steuern**, die ohnehin nur die Reichsten treffen würden. Denn mehr als eine Million Euro Vermögen besitzen nur 4 Prozent (!) der Haushalte“, schließt Hruška-Frank.

Teilziel	Indikator gemessen in	SDG*	langfristiges Ziel	Ausgangswert 2018°	letzterverfüg. Wert (21)°	Ausblick 2022/23**	Bewertung (Vorjahr)
1.1	Steigende real verfügbare Einkommen	8 & 10	+1 % p.a.	23.886	24.599	-	-1 (1)
1.2	Einkommensungleichheit reduzieren	10	▾	4,04	4,08	-	-1 (-1)
1.3	Gender-Pay-Gap beseitigen	5	0	20,4	18,9	~	-1 (-1)
1.4	Steigende Arbeitsproduktivität	8	+1 % p.a.	122,5	124,2	-	-1 (1)
1.5	Vermögenskonzentration abbauen	(10)	▾	55,1	n. v.	-	-2 (-1)
1.6	Forschung und Innovation	9	▾	130,22	133,62	+	1 (1)
<b>Fair verteilter materieller Wohlstand</b>							
2.1	Steigende Erwerbstätigkeit	8	▾	76,2	75,6	~	0 (0)
2.2	Geringe Arbeitslosigkeit & Unterbeschäftigung	8	5	14,6	14,0	~	0 (-1)
2.3	Reduktion langer Arbeitszeiten	(8)	5	17,4	15,7	~	0 (-0)
2.4	Unbezahlte Arbeit gleich verteilen	5	0	02:07	n. v.	~	-1 (-1)
2.5	Qualitativ hochwertige Arbeit	(8)	115	110	103	-	-2 (-1)
2.6	Mitbestimmung	(8 & 16)	▾	26,3	26,3	~	1 (1)
<b>Vollbeschäftigung und gute Arbeit</b>							
3.1	Lebenszufriedenheit	3	▾	8,0	8,0	~	1 (1)
3.2	Vermeidung von Armut und Ausgrenzung	1	▾	16,8	17,3	-	-1 (0)
3.3	Bildung	4	< 10	14,7	14,1	-	-1 (-1)
3.4	Gesundheit	3	69,6	56,9	58,7	~	0 (-0)
3.5	Leistbares Wohnen	11	▾	6,8	6,1	-	0 (0)
3.6	Physische Sicherheit	16	▾	9,7	6,4	~	1 (1)
<b>Lebensqualität</b>							
4.1	Treibhausgasemissionen reduzieren	13	< 52	89,1	85,9	~	-1 (-1)
4.2	Energetischen Endverbrauch senken	7	72,1	100,0	93,6	~	-1 (-1)
4.3	Flächeninanspruchnahme bremsen	11	▾	10,4	10,8	-	-1 (0)
4.4	Weniger Verkehrsbelastung	(11)	▾	2.014.400	n. v.	~	0 (0)
4.5	Geringe Feinstaubbelastung	11	< 5	12,7	9,7	+	2 (2)
4.6	Hoher Anteil des öffentlichen Verkehrs	9	▾	28,1	28,3	+	0 (1)
<b>Intakte Umwelt</b>							
5.1	Stabile Finanzmärkte	(8)	stets < 0,1	0,08	0,36	-	-1 (0)
5.2	Stabile Staatsstätigkeit	(8, 9, 16)	-0,5 & 1	-0,26 & 0,54	-3,68 & 0,73	~	0 (-1)
5.3	Stabile Investitionstätigkeit	8 (& 9)	▾	24,1	25,6	-	0 (1)
5.4	Außenwirtschaftliche Stabilität	(8 & 17)	0	1,0	-0,5	~	0 (0)
5.5	Preisstabilität	(8)	2	2,1	2,8	-	-2 (2)
5.6	Entwicklungszusammenarbeit	17	0,7	0,26	0,31	~	-2 (-2)
<b>Ökonomische Stabilität</b>							
<b>Gesamt: Nachhaltige Entwicklung von Wohlstand und Wohlergehen in Österreich</b>							
<b>-0,83 (0)</b>							
<b>-0,43 (-0)</b>							

Quelle: eigene Darstellung. \*Wenn der Indikator nicht in der UN-Liste bzw. im SDG-Set von Eurostat oder Statistik Austria vorkommt, am ehesten zugehörige(s) Ziel(e) in Klammer.

\*\*Ausblick für die Jahre 2022 und 2023: + (positiv), ~ (neutral), - (negativ). ° Wenn 2018 od. 2021 nicht verfügbar, siehe jeweilige Fußnote:

<sup>1</sup>2020 statt 2021; <sup>2</sup>2017 statt 2018 u. 2021 noch nicht verfügbar; <sup>3</sup>2010 statt 2018 u. Wert 2021 nicht verfügbar; <sup>4</sup>Führjahr 2022 statt 2021; <sup>5</sup>akt. Wert 9.9.2022; <sup>6</sup>2019 statt 2021;

<sup>7</sup>Stabile Staatsstätigkeit verfolgt aktiv- und passivseitiges Bilanzziel: struktureller Saldo & öffentliche Nettoinvestitionen.